



Betriebszeitung des  
Gewerkschaftlichen Linksblocks  
in der Gewerkschaft  
der Gemeindebediensteten



# *Gemeinde-Forum*

Ausgabe: 3-2005

**„Bilderbuchseminar“**

soll Sparstift zum Opfer fallen



→ Nachzulesen auf Seite 2

*Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeine-Fo-*

## **Der kollektive Wahnsinn** **- eine Diagnose**

→ mehr dazu auf Seite 4

*Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeine-Fo*

**Das Ende der EU-Verfassung?**



→ Bericht auf Seite 11

## Bilderbuchseminar

Das beliebte, für die Praxis sehr hilfreiche Seminar „Neuerscheinungen auf dem Bilderbuchsektor und deren Umsetzung in die Praxis“ fällt dem Sparstift zum Opfer!

Die MitarbeiterInnen des Seminars leisteten einen wertvollen Beitrag, durch eine ausgezeichnete Auswahl von Kinderbüchern und deren Rezensionen. Sie gaben damit den Kindergarten- u. HortpädagogInnen sowie den Leiterinnen wichtige Impulse für die Ausstattung der Gruppen mit Büchern zu relevanten Themen. (Adoption, Krieg, Krankheit, Jahreszeit, .....usw.)

Das wird es jetzt leider nicht mehr geben, obwohl die KollegInnen anboten die Seminararbeiten in der **Freizeit** zu machen.

Das einzige Versäumnis des MitarbeiterInnenteams war es, zeitgerecht ein schriftliches Konzept zur Arbeit vorzulegen. Dies kann aber sicher nachgebracht werden. Natürlich kann jede Kindergarten/Hortmitarbeiterin sich

selbst in Buchhandlungen informieren, wie dies von Fr. Mag. Minich vorgeschlagen wurde, aber die wertvolle Vorauswahl und Impulsgebung der SeminarmitarbeiterInnen war eine große Hilfe für die Arbeit mit Büchern in den Kindertagesheimen.

.....und dies soll alles wegen ca. 60 €- 80 € scheitern ???!!!

Soweit darf es aber nicht kommen und deswegen sind wir gerne bereit die Vorbereitungskosten der Seminarleitung zu übernehmen, um diese für unsere KollegInnen so hilfreiche und pädagogisch sinnvolle Einrichtung am Leben zu erhalten.

Der GLB wird sich mit Fr. Mag. Minich in Verbindung setzen und euch in unserer nächsten Ausgabe über das Ergebnis informieren.

### GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK

1170 Wien, Elterleinplatz 6, Tel.: 407 69 36, E-mail: [glb.gemeinde@aon.at](mailto:glb.gemeinde@aon.at)



Wien, 24.6.2005

An die

MA 11A

z. Hd. Fr. Mag. Sylvia Minich

**Betrifft: Seminar „Neuerscheinungen auf dem Bilderbuchsektor und deren Umsetzung in die Praxis“**

**Sehr geehrte Frau Mag. Minich!**

**Mir wurde zur Kenntnis gebracht, daß das im Betreff angeführte Seminar aus Kostengründen nicht mehr durchgeführt werden kann.**

**Da unserer Meinung nach durch dieses Seminar den Kindergarten- und Hortpädagoginnen sowie den Leiterinnen der Kindertagesheime wichtige Impulse für die Ausstattung der Gruppen mit Büchern zu relevanten Themen gegeben werden, ersuchen wir Sie höflichst, die Durchführung dieses Seminars auch weiterhin zu veranlassen.**

Die hierfür anfallenden Kosten werden vom Gewerkschaftlichen Linksblock in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten übernommen **und ich darf Sie bitten, die diesbezüglichen Rechnungen an den GLB, 1170 Wien, Elterleinplatz 6, zu übermitteln.**

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Haupt e.h

Stv. Vorsitzender des Gewerkschaftlichen Linksblocks  
in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten

## GLB – Reisen

### Vorschau 2006

Liebe KollegenInnen auch 2006 wollen wir Euch ein interessantes Reiseprogramm anbieten!

### Rundreise (12 Nächte) Guatemala/Honduras/Mexiko(Badeaufenthalt 7 Nächte)

Reisetermin Ende Jänner/Anfang Februar 2006



Den genauen Termin/Preis erfährt ihr in der nächsten Ausgabe!

Reiseverlauf: Flug nach Guatemala City - Antigua – Panajachel (Atitlán See) – Copán (Honduras) – Rio Dulce - Flores – Tikal– Flores - Cancun – Playa del Carmen (Mexico Ausflüge: Chichen Itza, Tulum , Coba)



Da unsere Teilnehmeranzahl begrenzt ist, können sich Interessenten schon jetzt kostenlos voranmelden! (Infomaterial wird zugesandt!)



### Philippinen - Boracay

Abflüge MON/MIT/FR

### 15 Tage Grundpaket

DZ 1 350 € EZ 1 550 € Verl. Woche DZ 120 € EZ 240 €

**Inkludierte Leistungen:** Übernachtung, **Sicherheitstaxen**, Transfers.

**Nicht inkludiert:** lediglich Visum und Mahlzeiten, Startgebühren ca. 8 €, Flugbenzinzuschläge



**Boracay** ist eine von 7.107 Inseln der Philippinen.

Boracay ist inzwischen zum Touristenziel Nr. 1 der

Philippinen geworden und zieht Besucher aus aller Welt an. Der schönste Teil

der Insel ist der knapp sieben Kilometer lange White Beach, der von den

Einheimischen auch Long Beach genannt wird. Neben den etwa 20

Tauchschulen, unzähligen Restaurants und Bars gibt es auch mehrere Discos.

Das Freizeitangebot reicht vom Tauchen, Segeln, Surfen, Jet-Ski, Beach-

Volleyball bis hin zu Golfspielen, Motorradtouren, usw...

**Zimmer:** Die Hotelanlage ist direkt am Strand mit Swimmingpool, die Zimmer sind, geschmackvoll und sauber mit Terrasse. Alle Zimmer mit Badezimmer/WC, AC, TV und Heißwasser.

### INFO

Jene Bediensteten, die Interesse an einer GLB-Rundreise haben, jedoch wissen wollen wie sie organisiert bzw. der Ablauf ist, oder sich einfach nur über Länder die wir schon besucht haben informieren wollen, können folgende DVD bestellen.

**DVD Burma/GOA – DVD Vietnam - DVD Boracay Preis 3 €**

Anfragen/Anmeldungen bei Betriebsrat Böhm-Raffay Tel. 0664 15 17 922

Mail: roman.boehm-raffay@chello.at

GLB-Büro Tel 407 69 36 / Mail: glb-gemeinde@aon.at

## Der kollektive Wahnsinn - eine Diagnose



Wann die Krankheit, die man nur als allgemeinen Realitätsverlust bezeichnen kann, von den Menschen Europas Besitz ergriffen hat, läßt sich im Nachhinein nicht

mehr genau feststellen.

Ziemlich genau läßt sich jedoch sagen, daß die ersten schwerwiegenden Symptome ca. um 1995 aufgetreten sind.

### Einige davon seien hier aufgezählt:

.) **In Wien** hat die bis dahin doch ziemlich vernunftbegabte Magistratsdirektion damit begonnen, aus dem Magistrat der Stadt Wien einen „Dienstleistungskonzern“ machen zu wollen. Ungeachtet der Tatsache, daß behördlichen Leistungen per definitionem ohnehin nur von den zuständigen Dienststellen erbracht werden können und daher jeglicher „Wettbewerb“ von vorneherein ausgeschlossen ist, wurden Millionen € investiert, um betriebswirtschaftliche Methoden einzuführen. Gleichzeitig wurden die Grundpfeiler der sozial-

demokratischen Stadtpolitik, nämlich das gesamte Sozialwesen, der Gesundheitsbereich, weite Teile des Bildungsbereiches und die gesamte Infrastruktur ganz einfach ausgegliedert und privatisiert.

.) **Österreich** trat 1995 der WTO und der EU bei. Peinlicherweise vergaß die damalige Bundesregierung und alle Regierungen seither, daß damit nicht nur die politische und wirtschaftliche Souveränität unseres Landes, sondern auch die Neutralität und die, in der (nurmehr marginal gültigen) Verfassung verankerte Demokratie, kurzerhand entsorgt wurden.

.) Die **Europäische Union** wurde 1995 um 10 Staaten, incl. Österreich, erweitert. Diese und auch die zwischenzeitlich durchgeführte neuerliche Erweiterung der EU erfolgten, ohne daß zuvor die erforderliche innere Festigung dieses Bündnisses stattgefunden hat. Nun erweist sich diese EU als ein Gebilde, das von vornherein als Fehlkonstruktion bezeichnet werden muß.

Nicht die Interessen der Menschen, die in Europa leben und arbeiten, werden von ihr vertreten, sondern, in einer pathologischen Form des Neoliberalismus, nur jene der internationalen Großkonzerne.

Als Beispiel dafür sei hier angeführt, daß Milliardenbeträge, die von österreichischen SteuerzahlerInnen hart erarbeitet wurden, an die neuen Beitrittsländer überwiesen werden, die dann aus lauter Dankbarkeit ihre Arbeitslosen nach Österreich schicken und alles daran setzen, die letzten funktionierenden Teile unserer Wirtschaft in den Ruin zu treiben.

Gleichzeitig wird unser soziales Netz systematisch demontiert, damit weitere Beträge nach Brüssel überwiesen werden können.

.) **Weltweit** wird es plötzlich als selbstverständlich betrachtet, daß nicht die Politik über die Wirtschaft dominiert, sondern umgekehrt - eine Sichtweise, die noch in den 80er Jahren jeden vernunftbegabten Menschen auf die Palme getrieben hätte!

**Zusammenfassend** muß daher festgestellt werden, daß spätestens ab 1995 der „gesunde Hausverstand“ der Menschheit ersatzlos über Bord geworfen und durch einen neoliberalen Wahnsinn ersetzt wurde, dessen Folgen noch lange nicht absehbar sind, fürchtet euer

**G. Haupt**

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum

## Interessante Herausforderung: Personalvertretung und Betriebsrat!

Der GLB steht zum ÖGB – aber nicht auf seine noble Zurückhaltung, wenn es um die Interessen der ArbeitnehmerInnen und um den Schutz sozialer Bedürfnisse geht!

Der ÖGB glaubt noch immer an die Sozialpartnerschaft, die es aber schon lange nicht mehr gibt, denn zu einer Partnerschaft gehören immer zwei – wer ist bitte schön der Zweite?

Wir Gemeindebedienstete werden unsere Interessensvertretungen in den nächsten Jahren mehr denn je brauchen.

Es wird aber nicht mehr ausreichen, nur eine Fraktion zu wählen sondern jede/r einzelne Bedienstete wird bei den Personalvertretungs- und Betriebsratswahlen im Mai 2006, KollegInnen vor sich haben, für die man sich entscheidet damit

sie die Interessen der Belegschaft in den Betrieben wahrnehmen.

### Daher suchen wir:

Wahrheitsliebende KollegInnen mit sozialer Gesinnung und gesundem Menschenverstand, hoher Frustrationsgrenze, dem unweigerlichen Drang etwas bewirken zu wollen um mit ein wenig Arbeitswillen und guten Ideen, die Chance wahr zu nehmen, Personalvertreter/in oder Betriebsrat/rätin bei uns zu werden

Wir stellen jeder/m Kandidaten/in eine perfekte Infrastruktur und hilfreiche Unterstützung zur Verfügung. Dein Wissen wird ganz leicht in Seminaren auf den letzten Stand gebracht, ohne damit überfordert zu sein. Bei uns herrscht ein freundschaftliches und familiäres Klima bei dem niemand ausgeschlossen wird.

Wir sind von keiner Partei abhängig und für alle KollegInnen offen, die gerne mitarbeiten wollen. Wir fragen nicht nach Parteibuch und woher jemand kommt und arbeiten auch mit anderen Fraktionen ohne Probleme zusammen.



Melde dich ganz unverbindlich bei uns – lerne uns kennen – und triff dann deine Entscheidung!

Wir freuen uns auf dich – unsere Sitzungen finden jeden letzten Mittwoch im Monat ab 13.00 Uhr statt!

Dein **GLB** Team

## Wasser – Der Kampf ums blaue Gold hat schon lange begonnen

Wasser kann nicht beliebig hergestellt oder ersetzt werden und je knapper es wird, desto größer sind die Gewinnaussichten. Der Kampf ums Wasser hat schon lange begonnen und die Sieger und Verlierer stehen auch schon fest: Die Gewinner sind die großen Wassermonopolisten wie Vivendi, Nestle, Suez-Lyonnaise, RWE uws.. – Die Verlierer sind die Bewohner der dritten Welt und die Konsumenten der Industriestaaten.

Wasser ist lebensnotwendig, genau aus diesem Grund war die Grundversorgung mit Wasser lange dem Zugriff der Konzerne entzogen. Das hat sich aber im letzten Jahrzehnt gründlich geändert. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) zwangen viele Drittland-Metropolen ihre Wasserversorgung zu privatisieren. Die Folgen sind verheerend!

### Beispiel Manila

Mitte der 90er Jahre versprach Präsident Fidel Ramos eine „verlässliche Wasserversorgung“, als er gemeinsam mit der Weltbank Tochter IFC die Privatisierung der Wasserversorgung auf den Philippinen startete.

Die Privaten versprachen stabile Wasserpreise, bessere Versorgung und Investitionen von 7,5 Mrd. US Dollar.

Wie nicht anders zu erwarten, kam es ganz anders: Der Wasserpreis verdoppelte sich für die Bevölkerung auf dramatische und lebensbedrohende Ausmaße, das Wasser ist schlecht – Cholera ist die Folge und die Zahl der Arbeiter im „Wassersektor“ reduzierte sich fast um ein Drittel.

„Gutes und reines Wasser“ können sich nur die Reichen leisten!

Auch in Tschechien stiegen die Preise für privatisiertes Wasser innerhalb von nur 3 Jahren auf 100,7 %.

Dieselbe Privatisierungswelle rollt auch durch Frankreich, England und Deutschland. Aus Wasserhähnen in Berlin, Rostock und vielen anderen Städten fließt Privatwasser.

Dass private Leistungen kein Garant für billige Preise und eine gute Qualität sind zeigen Beispiele aus diesen Ländern.

Die Privaten sind nur auf Profit ausgerichtet und schrauben ihre Investitionen rapid zurück. Die Instandhaltung und Erhaltung von Wasserreservoirs und Leitungssystemen ist uninteressant. Was zählt ist nur der maximale Gewinn!!!

Die EU (und damit auch Österreich) hat im Rahmen der GATS - Verhandlungen, von 72 Staaten die Öffnung ihrer Wasser- und Abwasserversorgung gefordert. Diese

katastrophale Politik der EU hat für Österreich dramatische Konsequenzen: Österreich fordert als EU-Mitglied zwar die Öffnung der Wassermärkte in anderen Ländern, versichert aber gleichzeitig, dass dies im eigenen Land nicht passieren wird?!

Das ist völlig unglaublich und würde heißen, dass verbesserte Geschäftsmöglichkeiten für europäische Wassermulti-

konzerne entweder durch Zugeständnisse in anderen Bereichen erkaufte, oder aber die Wasserversorgung der EU-Staaten muss auch privatisiert werden.

Wasser als unersetzbares Lebensmittel wird auf diesen Weg zu einer gewöhnlichen Handelsware gestempelt und der Zugang zu sauberem Wasser wird dem freien Markt überlassen. Ein Gruselszenario mit vielen Verlierern und einer Handvoll Gewinnern. Soweit darf es bei uns nicht kommen, weil wir dankbar und stolz auf unser Wasser sind – hoffentlich weiß das auch unsere Regierung zu schätzen!



**Eure Fini**

## Flexibilisierung der Arbeitszeit



Viel ist in den letzten Monaten über dieses Thema gesprochen worden, nachdem Teile der Wirtschaft dies vehement gefordert hatten.

Man forderte eine Erhöhung der gesetzlichen Normalarbeitszeit von acht auf zehn Stunden, zusätzlich forderte man eine längere Durchrechnung der Überstunden.

Die Argumente der Wirtschaft sind, -Flexibilität sei zur besseren Auslastung der Betriebe notwendig, Konkurrenzfähigkeit gegenüber Billiglohnländern und es könnten dadurch bis zu 20 000 neue Jobs geschaffen werden, denn so die Wirtschaft, billigere Arbeitskräfte macht die Betriebe konkurrenzfähiger und das erhöht die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen!

### Lohndumpingschmäh

Selbst Wirtschaftsexperten bezweifeln diese Argumente und errechneten, sollten diese Forderungen umgesetzt werden, hätte dies nur magere 0,1% Wirtschaftswachstum zu Folge.

**Flexibilisierung hat noch keinen Arbeitsplatz geschaffen** - stellten Experten der AK und des Wirtschaftsforschungsinstituts fest, sie hätte jedoch massive Auswirkungen auf das Lohnniveau, die Arbeitsbedingungen und die Freizeit.

Arbeiter müssten dann arbeiten wenn Auftragsspitzen sind und könnten dazu angehalten werden Überstunden zu leisten, diese müssten nämlich nicht mehr extra bezahlt werden, dies würde auch jene Arbeiter treffen die bisher keine Überstunden leisteten!

### Gewinnmaximierung auf Kosten der Arbeiter

Die Perversion der Wirtschaft, die unter dem Deckmantel der Globalisierung und der damit verbundenen Einsparungsnotwendigkeit das Lohnniveau permanent drückt und gleichzeitig Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert, wird selbst von uns Arbeitnehmern kaum noch wahrgenommen, außer wenn es einem selber trifft.

Bespiele gibt es zur Genüge, noch vor wenigen Jahrzehnten wurden Unternehmen daran bewertet ob sie positiv bilanzieren oder nicht, heute, ob sie die Gewinnerwartungen auch erfüllt haben!

Gibt heute ein Betrieb eine Gewinnwahrung heraus, fällt der Aktienkurs und das obwohl das Unternehmen einen Gewinn erwirtschaftet hat!

Unternehmen die Jahr für Jahr stolz Rekordgewinne vermelden, kündigen im gleichen Atemzug an, weitere Rationalisierungen (Kündigungen) durchführen zu wollen um den Gewinn weiter steigern zu können!

### Geld und Gewinn, - der Gott den wir alle huldigen

Die Gesellschaft und die Werte haben sich radikal verändert und selbst wir Arbeiter sind darin integriert. Jene von uns, die ihre Ersparnisse in Aktien, Fonds, Gold oder auf einen Sparbuch gelegt haben erwarten einen Gewinn und

der sollte jedes Jahr ein wenig höher ausfallen und somit sind auch wir ein Teil dieses globalen Spieles.

### Die Rolle der Gewerkschaften

Habt ihr es noch in Erinnerung? Groß war die Entrüstung des ÖGB als die Wirtschaft ihre Forderungen stellte, Lohnraub, massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wurde vom ÖGB gebrüllt und man werde sich dagegen wehren, dies sei eine Aufgabe der Sozialpartner und nicht des Gesetzgebers.

Die von den Sozialdemokraten dominierten Gewerkschaften haben in Wahrheit nichts gegen Flexibilisierung und Durchrechnung der Überstunden/Arbeitszeit, sie sind nur entrüstet, weil über ihre Köpfe hinweg entschieden wurde.

### Über 170 Kollektivverträge mit Regelungen über Flexibilisierung

Man glaubt es kaum, nach Angaben der AK sind über 170 KV mit flexiblen Arbeitszeitregeln ausgestattet.

Ein gutes Beispiel, welche negativen Auswirkungen solche Regelungen haben zeigt der Kollektivvertrag der Wiener Linien.

### Wiener Linien ein Musterbeispiel

Als die ersten Details des KV der zukünftigen Mitarbeiter bekannt wurden, lehnte der GLB diesen kategorisch ab. Zum einen war nicht zu akzeptieren das zukünftige Bedienstete schlechtere Arbeitsbedingungen und geringeren Lohn haben sollten, zum anderen warnte der GLB eindringlich davor, welche Auswirkungen das auf unsere Altbediensteten haben würde!

Die FSG wusste wieder einmal alles besser und heute dürfen unsere Bediensteten die Suppe auslöffeln, die ihnen eingebrockt wurde!

### Sind gewerkschaftliche Ideale verloren gegangen?

Die 35 Stundenwoche, bis vor wenigen Jahren noch ein erklärtes Ziel des ÖGB, ist heute kein Thema mehr, im Gegenteil, in vielen Bereichen arbeiten Arbeiter 50 Stunden und mehr!

### Sozialdumping mit freundlicher Unterstützung der FSG-Gewerkschaften

Viele soziale Errungenschaften sind heute schon Geschichte, es gibt zu viele Kompromisse und es fehlen klare Standpunkte.

Man beschwört den Geist der Sozialpartnerschaft und klammert sich an diesen und verweist stolz auf die geringe Streikstatistik.

Die von den Gewerkschaften perfektionierte Nachgebekampftaktik lässt befürchten, dass in den nächsten Jahren Durchrechnung der Arbeitszeit, Überstunden, Sonntagsarbeit usw., Normalzustand sind!

Euer Kollege Roman Böhm-Raffay  
Vorsitzender GLB/GdG  
Mitglied Wr. Vorstand



## Antrag des GLB – Gewerkschaftlicher Linksblock an den Hauptausschuss der HG II



### Betrifft:

Überreihung der diplomierten medizinisch technischen Fachkräfte in das Schema K4

### Begründung:

Aus unersichtlichen Gründen, werden dipl. MTF bei der Gemeinde Wien gehaltsmäßig benachteiligt.

Dipl.RTA: K 2

Dipl. Gesundheits- u. Krankenpflege: K 4

Dipl MTF: K 5

Med.techn. Fachkräfte absolvieren eine fünfsemestrige Ausbildung die mit staatlich anerkannten Diplomprüfungen abgeschlossen wird. Diese ist somit mit der Ausbildung zur Gesundheits- u. Krankenpflege vergleichbar.

Der GLB sieht in dieser finanziellen Benachteiligung einen unhaltbaren Zustand.

Wien, am 15. Juni 2005

Beatrix Todter

Mitglied HA/Hauptgruppenausschuss GLB/GdG

**Antrag wurde am 30.Juni.2005 im HA/HG II angenommen!**

*Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum*

## Leserbrief

Die Freuden eines kleinen Mitarbeiters wie unsereins sind spärlich gesät. Besonders wenn er kritisch bleiben will und er von einer Propagandalawine geradezu überrollt wird, die im allerhöchsten Auftrag losgetreten wurde.

Wenn ich so ums Rathaus herum und dann wieder durch die Höfe und Hallen gehe, denke ich mir des öfteren, ich möchte auch einmal in einer Stadt leben und arbeiten, die genauso schön ist, wie die auf den bunten Prospekten abgebildete.

In meinen Ohren klingen aber die Hilferufe von KollegInnen nach, die mit der Arbeit nicht zurecht kommen, die hin- und hergebeutelzt werden, dass es ihnen das Wasser aus den Augen treibt. Die Zahl der MitarbeiterInnen, die von einem Tag auf den anderen umgruppiert, ausgegliedert, ausgelagert, umgegliedert, übersiedelt wurden, alles natürlich ungefragt, geht mittlerweile in die Tausende.

Ich denke dabei auch an die chronisch überlasteten Ärzte und Krankenschwestern, an das fehlende Pflegepersonal. Sie alle sind vermutlich selbst dran schuld, wenn sie der Propaganda noch immer keinen Glauben schenken können.

Fehlende Sicherheitsmaßnahmen oder morsche Fenster, die in den Hof fallen, alles schon gehabt. Wenn jemand erschlagen wird, wird unter Garantie irgendein Hausarbeiter gefunden, den man dafür verantwortlich macht.

Für die Schönfärberei, mit der wir alle überschwemmt und erstickt werden sollen, werden Millionen und Abermillionen verpulvert. Der Riesenhaufen bunter Prospekte ist aber noch allemal billiger, als die Dienstposten, um die es geht.

Solches und ähnliches ging mir durch den Kopf, als ich das neuste Plakat im Auftrag des PID sah: Der Stefanskirche unter einer durchsichtigen Kuppel. Die Zeile dazu: Wir schützen unser Wiener Klima.

Der Steffl, denke ich mir, steht für die ganze Stadt, die sinnbildlich unter einer großen Käseglocke oder einem Glassturz zu liegen gekommen ist. Ein treffliches Beispiel: Was für ein besonderes Klima gibt es, das hier so hermetisch zugedeckt werden soll? Ich denke an die große Partei und ihren noch größeren Wunderwuzzi mit seiner ganzen neo-liberalen Entourage. Die hätten es gewiss gerne, wenn ihre Art von Politik unter den Glassturz gestellt würde. Da halte ich mir geschwind die Nase zu, bevor noch jemand vom GLB auf die Idee kommt, die Käseglocke ein wenig zu lüpfen und das strenge Gerüchlein darunter offensichtlich zu machen.

**Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt.  
Die Ansicht des Verfassers muss nicht unbedingt mit der des GLB übereinstimmen**



## Die Stadt Wien als Dienstleistungsbetrieb - am Beispiel der Magistratischen Bezirksämter

**wien at. aktuell**, die interne Jubelpostille der Stadt Wien, die im magistratsinternen Intranet auch mit einem eigenen at.forum vertreten ist, berichtete in der Juni-Ausgabe ausführlich darüber, was sich in den letzten Jahren in den Magistratischen Bezirksämtern sowohl für die MitarbeiterInnen, als auch für die Öffentlichkeit verändert hat.

Mag. Oliver Birbaumer (MBA 20) und Alexander Schuller („Öffentlichkeitsarbeiter“) freuen sich über die Einrichtung von „front-offices“ und die Tatsache, daß sich die MBAs nun auch um Fundsachen, das Meldewesen und das Paßwesen kümmern und darüber hinaus auch noch Projektsprechtage für UnternehmerInnen abhalten. Gekrönt wird dieser Bericht durch die Mitteilung, daß die **KundInnenzufriedenheit** mit all diesen features **enorm** ist.

**Ganz anders** sieht es zwischenzeitlich allerdings mit der Zufriedenheit der KollegInnen, die in den MBAs arbeiten, aus.

Für sie haben sich seit der Umwandlung des Magistrates in einen „Dienstleistungskonzern“ erhebliche Verschlechterungen ergeben.

Doch lassen wir sie selbst zu Wort kommen. Aus dem **at.forum** des Intranets ein Kommentar von Nick\_Naim:

Kommentar von: **Nick\_Naim** am Freitag, 10. Juni 2005 09:59

*Ich habe lange überlegt, ob ich zu dem Thema was schreiben soll, und schließlich habe ich mir überlegt, dass es sicherlich nichts schaden kann, wenn auch über diese Plattform der derzeitige, und wenn nichts geändert wird auch der zukünftige Stand der Dinge aufgezeigt wird.*

*Punkt 1 - Ja .. wir hatten und haben gerade noch eine sehr gute Qualität unserer Arbeit, die sich nach aussen hin auf den Kunden als Zufriedenheit reflektiert. Wir haben das Meldewesen und das Passwesen, wie auch das Fundwesen bei uns integriert, und mit dem entsprechenden Personal hochqualitative Leistung erbracht (lassen wir mal die Schwierigkeiten beim Start, etc ... beiseite).*

*Punkt 2 - Aufgrund der von mir nachfolgend aufgezählten Punkte, ist es aber nunmehr mit der Her(r)lichkeit. Wenn unsere „Konzern“spitze nicht aufwacht und realisiert, dass für die bestehenden (und gewünschten!) sowie zukünftigen Belastungen ein Auslangen mit den derzeitigen Angestellten/Beamten nicht gegeben ist, wird sich bald ein schneller Umschwung in Richtung UNZUFRIEDENHEIT der Kunden einstellen. Und das aus folgendem Grund: Die derzeitige Mehrbelastung ist für einen durchschnittlichen menschlichen Geist nicht mehr umsetzbar. Dies führt im ersten Schritt zu einem erhöhten Stressniveau. Dies kann einige Zeit gehalten werden. Stellt sich jedoch in dieser Zeit keine Besserung oder Aussicht auf Änderung ein, geht es in die Ungläubigkeitsphase und in die „murrende“ Phase. Die Unzufriedenheit der Mitarbeiter steigt. Wird auch in dieser Phase kein Schritt gesetzt, eine Änderung herbeizuführen, schlagen die Wogen in Zorn und Frustration um. Dies führt zu diversen Auswirkungen wie Ohnmächtigkeit („is ja sowieso egal was ich tue oder wieviel Überstunden ich mach, ich kann das Arbeitspensum nie mehr erfüllen“) und Stagnation („ich bin allein, ich kann keine Änderung mehr herbeiführen, ich schraube meinen Einsatz zurück und arbeite halt einfach nur mehr vor mich hin“).*

*DAS ist der Punkt an dem wir in den Bezirksämtern sind .. die einen mehr die anderen noch nicht so viel. Und jetzt setzt sich langsam der Umschwung auf den Kunden um. Kundenzufriedenheit durch mittlerweile unmotivierte, geistig stagnierende und schwerst frustrierte Mitarbeiter?????? Ja .. vielleicht gibts das Christkind ja wirklich ...*



*Sehr geehrte Magistratsspitze!  
Uns ist es herzlich egal, ob wir*

*den Vollelektronischen Akt (GWF und zukünftige ELAKs) fahren sollen, welcher als Vollelektronikum eine immense geistige Anforderung sogar für EDV-versierte Personen darstellt, uns ist es herzlich egal, ob wir die und die und die Tätigkeit dazubekommen .... aber uns ist NICHT*

*egal, dass vorausgesetzt wird, dass diese Belastungen von dem selben Personenstand getragen wird, der den Betrieb bis dato aufrecht erhalten konnte!!! Im Magistrat wird diese Haltung vielleicht als blind bezeichnet .. in der freien Wirtschaft wäre das Wort dafür dumm und in den Konkurs führend.*

*Wir sind mit unseren Kapazitäten weit am Ende! Wir sind nicht am ertrinken, wir tauchen schon seit Monaten mit angehaltenem Atem!!!!!!!*

*Sollte die Magistratsspitze weiterhin so ignorant sein den eindeutigen Personalmehrbedarf nicht zu erkennen, wird sie es dann erkennen, wenn die Krankheit auf die Kunden abfärbt, und die Unzufriedenheit von den Kunden wahrgenommen wird, und selbst spürt. Dann ist der Schaden aber bereits passiert. Kundenzufriedenheit war dann ein Eintrag in die Annalen der Wiener Geschichte! Aber dies scheint ja ein ungeschriebenes österreichisches Gesetz zu sein. „Wir können erst etwas tun, wenn etwas passiert ist.“ (Hört man immer wieder aus dem Munde der Polizei und der Politik).*

*Mir persönlich ist es mittlerweile vollkommend egal. Ich habe immer im Notfall die Möglichkeit der Kündigung, und finde jederzeit etwas in der freien Wirtschaft wieder. Ich lasse mir sicher nicht von meinem Arbeitsgeber einen geistigen oder in Folge natürlich auch körperlichen Schaden zufügen. Und sehr viele denken ähnlich. Viele MBA-Mitarbeiter stehen kurz vor einem Versetzungsansuchen, oder aufgrund der Aussichtslosigkeit vor der Kündigung!*

*Es ist nicht Feuer am Dach ... wir brennen vollkommend! Der Ball liegt an unserer Obrigkeit!*

Diese und andere ähnlich lautende Beschwerden hat der GLB zum Anlaß genommen, sich unter den Bediensteten der Bezirksämter, aber auch anderer Dienststellen, die vorwiegend mit „Kundenbetreuung“ zu tun haben, ein bißchen umzuhören.

Die Auswertung dieser Umfragen mündete in den nachstehenden

**Forderungskatalog**, den wir auf diese Weise den übergeordneten Dienststellen zur Kenntnis bringen:

- 1.) **Die Ware, die wir zu verkaufen haben, ist unsere Arbeitsleistung - das heißt, wir wollen den Job tun, für den wir bezahlt werden. Aus. Basta.**
- 2.) **Überstunden sollen gefälligst pronto ausbezahlt werden; von Gutstunden, die wir sowieso nie konsumieren können, haben wir nix.**
- 3.) **Wir wollen nicht durch „Zielvorgaben“, NPM oder sonstigen Nonsens belästigt und unter Druck gesetzt werden.**
- 4.) **Wir wollen unsere Gesundheit nicht durch übermäßigen und unnötigen Streß auf's Spiel setzen.**
- 5.) **Wir wollen unsere Menschenwürde nicht permanent vergewaltigen lassen, weil wir vor irgendwelchen Freaks katzbuckeln und irgendwelchen arroganten Armleuchtern in den Allerwertesten kriechen müssen, nur weil die jetzt „KundInnen“ sind.**
- 6.) **Wir wollen das Recht haben, entsprechend zu antworten, wenn uns einer blöd kommt, egal ob das ein „Kunde“ ist, oder sonstwer. Das erfordert einfach unsere Psychohygiene.**
- 7.) **Wir hassen es, wenn uns karrieregeile Vorgesetzte nerven, nur weil ihnen irgendein/e Stadtrat/ätin im G´nack sitzt. Schließlich: PolitikerInnen kommen und gehen, aber wir Beamte bleiben!**
- 8.) **Wir haben restlos genug davon, ständig hören zu müssen, daß wir BeamtInnen vom Geld der SteuerzahlerInnen leben! Weil: erstens zahlen wir selber unsere Steuern und zweitens - wenns uns einmal reicht und wir streiken, werden die ganz schön blöd aus der Wäsch' schauen, die SteuerzahlerInnen.**

Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen, meint

**Euer  Team**

*Man könnte fast darüber lachen,  
wenn diese Geschichte nicht so nah an der Realität wäre...*

## **DIE AMEISE**

*Jeden Morgen kam die fleissige Ameise fröhlich zur Arbeit. Sie liebte ihre Arbeit, da verbrachte sie die Zeit des Tages arbeitend, immer ihr Liedchen summend.*

*So arbeitete sie fleissig vor sich hin, aber, es gab niemanden der sie beaufsichtigte.*

*Der Generaldirektor, ein dicker fetter Käfer, stellte fest, es kann so nicht weitergehen und hat einem Supervisor Platz geschaffen. Er stellte dafür den Mistkäfer mit viel Erfahrung ein.*

*Die erste Sorge des Mistkäfers war, die Anfangs- und Endzeiten der Arbeit zu standardisieren, dazu machte er verschiedene Reports, aufgebaut auf das Thema Arbeitszeit.*

*Bald darauf hat man gesehen, der Mistkäfer braucht eine Sekretärin, die diese Reports vorbereitet. Man stellte eine hübsche Spinne ein, die ein Archiv einrichtete und Telefonanrufe entgegennahm.*

*Und in der ganzen Zeit arbeitete die Ameise froh und munter weiter, denn ihre Arbeit gefiel ihr und von Zeit zu Zeit sumnte sie ein Liedchen*

*Der Generaldirektor war begeistert von der Arbeit des Mistkäfers, hat ihn noch gefragt nach grafischen Darstellungen und Zukunftsanalysen.*

*So war es dann nötig noch eine Fliege einzustellen, als Helfer für den Supervisor. Sie kauften der Fliege einen Laptop, damit alle Reports schön bunt gemacht werden können*

*Die fleissige Ameise sumnte bald kein Liedchen mehr, beschwerte sich, da sie soviel Schreibkram auszufüllen hat, anstatt zu arbeiten.*

*Darum beschloss der Generaldirektor es müsse ein*

*Administrator für die Abteilung her, in der die Ameise arbeitete. Diese verantwortungsvolle Aufgabe wurde der Heuschrecke übertragen, die als erstes verlangte, dass man ihr einen speziellen Sessel kaufen sollte. Natürlich brauchte sie auch ein Auto, einen Laptop und zur Kommunikation mit Untergebenen Zugang zum Internet.*

*Natürlich brauchte die Heuschrecke auch einen persönlichen Assistenten, die Kröte, da die schon Sekretärin bei der Heuschrecke gewesen war, an ihrem alten Arbeitsplatz.*

*Die Ameise sang nicht mehr, wurde immer unruhiger und nervöser.*



*Wir müssten ein Gremium von Leuten zusammenbekommen, die für eine Studie über die arbeitende Gesellschaftsschicht Daten zusammenträgt und berichtet. Gesagt, getan. Die ausgesuchten Leute machten sich monatelang an die Arbeit, gegen ein beträchtliches Entgelt.*

*In der Zwischenzeit stellte der Generaldirektor fest, die Abteilung, in der die fleissige Ameise munter vor sich hin arbeitete, bringt nicht mehr den gleichen Profit wie früher. Also wendete er sich an die Eule, ein Experte in Sachen Geschäfte machen, die auch Tausende von Euro bekam. Diese sollte analysieren und diagnostizieren, um herauszufinden was zu tun sei.*

*Die Eule wirbelte drei Monate in allen Büros der Firma herum, bis sie einen Abschlußbericht vorlegte, der am Ende nichts anders sagte als: "Es sind zu viele Angestellte - es müssen welche entlassen werden".*

*So folgte der Generaldirektor dem Rat der Eule, denn der kostete Tausende von Euro, und kündigte die Ameise.....*

## Das Ende der EU-Verfassung?

Als ich am Sonntag, 29. 5. mit Interesse die ORF-Sendung „offen gesagt“ verfolgte und im Laufe dieser Sendung das „NEIN“ Frankreichs zur EU-Verfassung vernahm, habe ich mich ehrlich gefreut.

Die Franzosen haben mit ihrem NEIN, ihre lang aufgestaute Frustrationen über ihren abgehalfterten Präsidenten, ihre Regierung und über den Stand der Dinge in Ihrem Land und der EU kundgetan. Gut so.

Was mir allerdings sehr sauer aufstieß, war die Reaktion des grünen EU-Abgeordneten Johannes Voggenhuber. Der gute Mann verfiel doch tatsächlich in eine Art Schockzustand, als er das Ergebnis der Abstimmung in Frankreich vernahm.

Er nämlich, der gut versorgt an den fetten EU-Futtertrögen sein Dasein fristet, verfiel von einer Sekunde auf die andere sichtlich und meinte mit aschfahlem Gesicht, dass diese Abstimmung eine „Tragödie“ und eine „Katastrophe“ für die EU als Gesamtes darstellt.

Gott sei Dank wusste der gute Voggenhuber zu diesem Zeitpunkt noch nicht, wie die Niederlande abstimmen, das hätte ihm dann ganz sicher den Rest gegeben.

Die Holländer nämlich, haben sich voll und ganz gegen den Zustand der EU und gegen diese wahnsinnige Verfassung gerichtet und sich abgewandt.

Das NEIN der Holländer ist deutlich mehr als das der Franzosen, nämlich eine massive Zurückweisung der Richtung, die uns durch die EU-Verfassung für die EU gezeigt wird. Eine Richtung die von der Mehrheit der EU-BürgerInnen abgelehnt wird.

Ein Wahnsinn wäre es, wenn die EU-Regierungschefs jetzt weiter machen wie gehabt. Die Empfehlung von Luxemburgs Premier Juncker und

Frankreichs Ex-Präsident Giscard d'Estaing, die Franzosen und Holländer noch einmal abstimmen zu lassen, bis das Ergebnis passt, wäre fatal.

Wenn die Regierungschefs wirklich den Willen haben diese EU noch zu retten, dann müssten sie mehr tun als große Reden schwingen, sondern Inhalte prüfen und neu überdenken und endlich verstehen was die Bürger an diesem neuen Europa ablehnen und wovor sie Angst haben.

Den EU-Bürgern ist die Union trotz aller Propagandareden und Hochglanz - Werbeprospekten fremd und bedrohlich geblieben. Ein „WIR“ Gefühl gibt es nicht und wird es so auch niemals geben.

Hautnah erleben wir alle den EU-Schwachsinn Europas mit. Jahrzehntelange Sicherheiten und soziale Standards verschwinden, Arbeitslosigkeit in allen Altersgruppen, enorme Teuerungen und wenig Zukunftsperspektiven. Die eigene kleine, geschützte Welt ist in Gefahr und wird vielleicht bald nicht mehr existieren.

„Erweitern“ heißt die EU-Lösung! Als wenn das die Lösung schlechthin wäre. Die „alten“ EU-Staaten hätten erst auf stabilen Beinen stehen müssen, bevor man auch nur daran denkt die EU um weitere 10 Staaten zu erweitern.

Das Ergebnis dieser Erweiterung kennen wir alle:

-innere Konkurrenz mit den neuen osteuropäischen Ländern, der Zerfall der alten Wohlfahrtsstaaten wegen riesiger Budgetlöcher und sinkenden Kinderzahlen und natürlich der verschärfte Wettbewerb mit Asien, Indien und Amerika.



Was sollen die Menschen denken, wenn zwischenzeitlich Polen, Slowaken, Ungarn usw. auf unseren fast ausgeschöpften Arbeitsmarkt drängen und sie selber aber auch keine Arbeit haben und jeden Tag um ihre Existenz zittern müssen.

Da klingt es ja schon fast wie ein Hohn, wenn man bedenkt das „alte“ EU-Staaten“ wie Deutschland, Holland und Frankreich es bis dato nicht geschafft haben, ihre seit langem ansässigen Minderheiten aus der Türkei und Nordafrika zu integrieren.

.....und dann will die EU auch noch die Türkei aufnehmen und gleichzeitig tobt aber in genau diesen Ländern, in Holland, der BRD und Frankreich, heftiger Streit darüber, ob muslimische Einwanderer überhaupt willens sind, die Werte der Union anzuerkennen und sich im Alltag anzupassen.

Interessant ist es vielleicht noch zu erwähnen, dass bei einer in Deutschland gestarteten Umfrage, die „eingesessenen“ Türken geschlossen gegen einen EU-Beitritt der Türkei sind.

Warum werden die EU-Bürger nicht gefragt, wenn die Regierungen z.B. den nahen Beitritt von Bulgarien und Rumänien beschließen?

Diese Staaten können unmöglich das Tempo der westlichen EU-Staaten halten und zwangsläufig müssen die finanzkräftigeren Staaten wieder erhalten - auf Kosten der eigenen Bürger. Da wird und kann es niemals eine Gemeinschaft aller 25 Staaten geben.

Für diese Einsicht aber, braucht man vorausschauende, weise und tatkräftige Staatschefs – Schröder, Berlusconi, Blair und Consorten fehlen diese Eigenschaften völlig. Sie sind nichts anderes als Marionetten der Wirtschaft – egal was es kostet.

**Doris Grössinger**

## Sanfte Privatisierung

Ein Jahr nach der Ausgliederung großer Teile des Sozial- und Gesundheitsbereichs der Stadt Wien ist wieder Zeit, eine Bilanz zu ziehen und einen politischen Ausblick zu wagen. Fonds Soziales Wien (FSW) – mit diesem Namen verbindet die SPÖ Wien ihre Politik der „sanften Privatisierung“. Die Sonntagsreden des Wiener Bürgermeisters über den Neoliberalismus mal auf die Seite geschoben, wir müssen uns auf die Spur des Wiener Weges des New Public Management begeben, um die politische Entwicklung des kommunalen Sozial- und Gesundheitswesens zu verstehen.

### Das neue Steuerungsmodell

In Wien heißt das New Public Management „Neues Steuerungsmodell“ und gibt vor, einen ganz besonderen Weg der modernen Verwaltungsreform zu sein. Seit einigen Jahren wird die städtische Verwaltung nach den Prinzipien des New Public Management umgestaltet, die sozialdemokratisch geführte Gewerkschaft ist als braver Co-Manager mit dabei. Die Stichworte sind: Kontrakt-Management, Zielvereinbarungen, dezentrale Ressourcenverwaltung, Out-put-Orientierung, Benchmarking und natürlich Wettbewerb. Nur der Wettbewerb kann die öffentliche Verwaltung wieder fit machen – für die Anforderungen der Globalisierung und des Standort-Wettbewerbs zwischen den Hauptstädten Europas.

Das New Public Management (NPM) bietet nicht nur eine Reihe von neoliberalen Management-Modellen und betriebswirtschaftlichen Instrumenten an, die auch gerne vom Stadt Wien-Management übernommen werden, sondern vor allem ein geschlossenes Konzept zur Umgestaltung öffentlicher Verwaltung, öffentlicher Dienste und Dienstleistungen nach neoliberalen Denkmustern an. NPM ist ein flexibles Modell, dass je nach politischer Lage adaptiert werden kann.

Das sieht dann so aus: Es geht nicht einfach um Privatisierung. Jeder noch so dumpfe neoliberale Fan wird verstehen, dass aus politischen, sozialen und ökonomischen Gründen nicht jeder Wirtschaftsbereich vollständig privatisiert oder einfach zu Geld gemacht werden kann. Der Staat erfüllt auch in einer kapitalistischen Gesellschaft bzw. Wirtschaft notwendige Aufgaben, es geht darum, in

welchem Interesse dieser Staat funktioniert oder auch die Stadt Wien ihre Verwaltung oder ihre sozialen Dienste bzw. Dienstleistungen organisiert. NPM möchte auch die noch nicht für das private Kapital erschlossenen Bereich der öffentlichen Wirtschaft – vom Industriebetrieb bis zur sozialen Dienstleistungen einer Verwertung zuführen. Aber es soll auf den Charakter der Produktion und der Dienstleistung abgestimmt werden, auf ihre soziale und politische Bedeutung Rücksicht genommen werden.

Von der breiten Öffentlichkeit unbemerkt hat die Stadt Wien bereits weitgehende Privatisierungen vorgenommen – und unter Privatisierung (wie der Begriff hier verwendet wird) sollten wir uns eine Politik vorstellen, die gewissen Mustern folgt. Es ist nicht bloß der Verkauf eines städtischen Unternehmens eine Privatisierung, sondern auch die Beauftragung des Managements eines Spitals an eine private Firma; oder die Auslagerung bestimmter Dienstleistungen, die vorher die Stadt Wien selbst erbracht hat wie zum Beispiel die Küche in einem Geriatriezentrum oder die Reinigung der Amtsgebäude (out-sourcing); oder (besonders im Sozial- Gesundheitsbereich) die Beauftragung Dritter – privater Vereine oder Unternehmen – Dienste bzw. Dienstleistungen zu erbringen (contracting out). Die Stadt Wien benützt die ganze Palette der Privatisierungen. Im Zentrum der Umstrukturierung des kommunalen Sozialbereichs steht die Ausgliederung an einen im Jahr 2001 geschaffenen Fonds Soziales Wien, den die Stadt Wien errichtet hat, zu 100 Prozent besitzt und finanziert. Allerdings ist der Plan folgendermaßen: Der FSW soll zur zentralen Management-Zentrale des Sozialwesens der Stadt Wien ausgebaut werden – die operativen Bereiche sollen weiter in GmbH's ausgegliedert werden.

### Der scheinbare Wettbewerb

Durch diese Politik werden die Organisation der öffentlichen Verwaltung, der Dienststellen und Einrichtungen völlig auf den Kopf gestellt – der Kapitalismus zieht ein. Zu diesem Zweck wird Wettbewerb gespielt: entweder durch die Privatisierung der Leistungserbringung durch Auslagerung und Teilnahme der ausge-

gliederten Einrichtungen der Stadt Wien/FSW am Markt (mittels Ausschreibungen und Auftragsvergabe) oder durch Errichtung eines künstlichen Markts mit betriebswirtschaftlichen Instrumenten wie Benchmarking, Produktkataloge und Zielvereinbarungen.

Das ist die Kunst des New Public Management – man tut als ob.

Wenn schon nicht die private Wirtschaft die öffentliche Verwaltung oder bestimmte Bereiche der öffentlichen Wirtschaft aus politischen und sozialen Gründen nicht übernehmen kann oder wegen zu geringer Aussicht auf Rentabilität übernehmen will, dann soll wenigstens auch dieser Bereich der Wirtschaft nach neoliberalen Mustern funktionieren. NPM ist ein Stufen-Modell: Natürlich, die Kommodifizierung der öffentlichen Wirtschaft bzw. Dienste steht an erster Stelle, die second best-Variante ist das New Public Management.

Diese Modell ist wie geschaffen für die sozialdemokratische Politik – nicht plumpe Privatisierung steht auf der Tagesordnung, sondern praktische Standort-Politik, Leistungsorientierung und effiziente Verwaltung – Steuern sparen ist doch auch eine sozialdemokratische Tugend. Nur, neoliberale Politik hat auch Konsequenzen.

Wie immer tut die SPÖ nur das Land modernisieren, sozial gestaffelt und begleitet von einer populistischen Propaganda. Die SPÖ-Wien beschert uns eine „sanfte Privatisierung“. Der Fonds Soziales Wien soll dafür sorgen, dass die neoliberale Umstrukturierung des Sozial- und Gesundheitsbereich (einstweilen der extramularen Bereich, die Spitäler und Geriatriezentren sind bereits in eine Unternehmen der Stadt Wien – dem Wiener Krankenanstaltenverbund – ausgegliedert) ohne politische Verwerfungen über die Bühne geht.

### Die Stadt Wien entledigt sich ihrer sozialen Verantwortung

Die Stadt Wien hat bereits große Teile des Sozial- und Gesundheitsbereichs ausgelagert und ausgegliedert. Zum Beispiel erbringen einige große und viele kleine Vereine wie Caritas, Volkshilfe, Sozial Global, ÖHTB oder Lebenshilfe bereits soziale Dienstleistungen im Auftrag der Stadt Wien in der ambulanten

Pflege und Betreuung, in der Behindertenbetreuung usw.

Nicht nur die Kirche oder parteinahe Vereine sind bedeutende „Player“ in diesem Bereich, auch die Stadt Wien hat eigens für manche Einrichtungen und Dienste eigene Vereine gegründet, deren Geschäftsleitung von der SPÖ besetzt wird – zum Beispiel den Verein Wiener Jugendzentren der Stadt Wien oder der Verein Wiener Kinder- und Jugendbetreuung, auch das Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser oder der Verband Wiener Volksbildung (der Dachverband der 18 Volkshochschulen). Aber auch innerhalb der Stadt Wien wurden Unternehmen und Betriebe errichtet – so eben der Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) oder auch die Wiener Stadtwerke Holding AG. Die Wiener Holding umfasst schließlich die großen Wirtschaftsunternehmen der Stadt Wien, aber auch das Jüdische Museum (immerhin schon seit 1974). Allerdings hat sich durch die Anwendung des New Public Management als grundlegende Orientierung der Inhalt, die Ziele und die Organisation des Managements und der Verwaltung verändert.

Spar- und Kürzungspolitik im Sozial- und Gesundheitsbereich gibt es auch in Wien – oft verschleiert mit politischen Konzepten und Propaganda, für die Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar. Die Kürzungen und Einsparungen werden im Zuge von einer sogenannten „Aufgabenkritik“ vorgenommen. Das heißt nichts anderes, als dass die öffentlichen Dienste und Dienstleistungen so durchforstet werden, dass am Ende nur die vom Gesetz vorgeschriebenen Leistungen bzw. jene Leistungen übrig bleiben, die aus sozialen und politischen Gründen unbedingt notwendig sind.

Dies hat aber nichts mit Modernisierung der Verwaltung zu tun, sondern einfach mit Geld einsparen. So schreibt die Stadt Wien auch Magistratsabteilungen und Einrichtungen eine gewisse Einsparungsquote vor – dann werden halt Einrichtungen wie Bezirksgesundheitsämter aufgelöst und zusammengelegt, Sozialleistungen gestrichen, eingefroren oder gekürzt. Dieser Prozess – besonders im Sozial- und Gesundheitsbereich – geht derzeit schleichend voran, eben politisch verträglich. Oft treffen Einsparen jene Bevölkerungsgruppen, die sich nicht politisch artikulieren können oder sozial bzw. ökonomisch schwach sind. Unter dem

Deckmantel des Konzepts der Diversität werden Einrichtungen von bzw. für MigrantInnen nicht mehr finanziert oder umstrukturiert oder besondere Betreuungsangebote gestrichen.

Wenn der Wiener SPÖ bei den nächsten Gemeinderats- und Landtagswahlen eine satte Mehrheit voraus gesagt wird, hat dies vor allem mit der öffentlichen Darstellung der Politik zu tun. Wagt man einen Blick hinter die Kulissen in die soziale Wirklichkeit jenseits der Prestige-Projekte städtischer Bauwerke, dann zeigen diese Einsparungen bereits nachhaltige Wirkungen.

Und wenn dann soziale Einrichtungen und Vereine den Menschen „helfen“, sollten wir Fragen stellen: Wie sieht diese Hilfe aus? Welches Ziel verfolgt die soziale Hilfe der Stadt Wien oder der einzelnen Vereine? Sozialhilfe der Stadt Wien – reicht das zum Leben? Arbeitslos sein in Wien – in welches Räderwerk wird man da hinein gezogen? Wie sehen die Regelungen für die Selbstbehalt und den Regress in Wien aus? Oder: Wie sieht die Bezahlung, die Arbeitsbedingungen der im Sozial- und Gesundheitswesen Beschäftigten aus? Oder: Wie werden in Zukunft die sozialen Dienste von der Stadt Wien finanziert?

#### **Die FSG spielt brav mit**

Der FSW hat nun den politischen Auftrag, eine „sanfte Privatisierung“ im Sozial- und ambulanten Gesundheitsbereich der Stadt Wien zu beginnen.

Die SPÖ Wien wählte dazu eine rechtliche Konstruktion, die das Österreichische Vergabegesetz umgehen soll und so die Existenz der sozialen Vereine und von der Stadt finanzierten Einrichtungen langfristig absichern soll. Doch die „sanfte Privatisierung“ der SPÖ und ihre Versprechen, dass sie den Vereinen im Sozialbereich den Umstieg in die kapitalistische Wirklichkeit erleichtern wird, ist ein Kuckucksei.

Die Stadt Wien will sich mittels Förderverträge für die einzelnen „KundInnen“ des Sozialwesens (falls sie zum Beispiel Betreuung und Pflege zu Hause benötigen) der direkten Verantwortung der Erbringung sozialer Dienste und Dienstleistungen entledigen.

Die Leistungsverträge im Bereich der ambulanten Pflege und Betreuung oder der Behindertenbetreuung gelten nur noch dieses Jahr, dann wird umgestellt. Selbst von einem Großteil der Sozialvereine wird diese Umstrukturierung abgelehnt. Eines

muss jedoch noch gesagt werden: Derzeit steht nur die Richtung der Umstrukturierung fest, doch die Details – auch für die KlientInnen – sind noch sehr vage zu greifen.

Der Stadt Wien muss vorgeworfen werden, dass sie sich aus der Verantwortung ziehen will; nicht nur mittels einer neuen Vertragskonstruktion, sondern auch politisch und moralisch. Wenn schon privatisiert wird und die Stadtregierung an diese Politik glaubt, dann könnten wir doch erwarten, dass Tacheles geredet wird.

So stehen wir nun als kritische, linke GewerkschafterInnen vor dem Dilemma, diese Privatisierungspolitik aufzuzeigen (gegen die mediale Macht der SPÖ und der Stadt Wien) und in der Stadt Wien und den betroffenen Vereinen des Sozial- und Gesundheitsbereichs gewerkschaftliche und betriebliche Arbeit zu leisten – auch unter den Blickwinkel, Arbeitsplätze zu schaffen und erhalten.

NPM, Ausgliederungen und –lagerungen sowie die Wirklichkeit der EU haben auch in den kommunalen Einrichtungen eine dramatische Veränderung hervorgerufen, auf die wir eigentlich derzeit nur defensiv reagieren können.

Als KIV und GLB in der Gemeinde Wien müssen wir die Mehrheitsfraktion FSG kritisieren, dass die FSG-Führung, aber auch die gesamte Gewerkschaft den politischen Kurs der Stadt Wien und die konkrete Umsetzung der NPM-Methoden und –Instrumente unterstützt und ein klares Bekenntnis zum Co-Management abgeben hat.

Dazu sollten wir einen klaren Kontrast darstellen – nicht nur im Betrieb, in der städtischen Einrichtung oder im Verein gegen Kürzungen, Einsparungen und neoliberale Methoden eintreten, sondern auch politisch, in der Öffentlichkeit, als Gewerkschaft und BetriebsrätInnen jene zur Verantwortung ziehen, die die Hand heben – im Gemeinderat, im Landtag, im Stadtsenat.

**Thomas Kerschbaum**

*Konsequente Interessensvertretung*



## GdG-Mastercard mit VORSORGE SOS-Paket

Sie können Ihre Mitgliedskarte der GdG jetzt mit vielen Vorteilen ganz leicht in eine Mastercard mit SOS-Paket umwandeln. So haben Sie immer und überall das nötige Kleingeld dabei und zusätzlich einen hervorragenden Gesundheitsschutz auf Reisen, weltweit.



Sie genießen die Vorteile der **GdG-Mastercard mit VORSORGE SOS-Paket** zum GdG-Vorteilspreis und zum Einstieg ein Jahr lang gratis!

### Gesundheitsschutz auf Reisen

Die Auslandsreise-Krankenversicherung der **GdG-Mastercard mit VORSORGE SOS-Paket** bietet Ihnen weltweit unbegrenzten Krankenversicherungsschutz für die ersten sechs Wochen einer Auslandsreise, beliebig oft pro Jahr. Der Versicherungsschutz ist nicht an Zahlungen mit der Karte gebunden.

### Ideal für Familien und SeniorInnen!

Mit dem **VORSORGE SOS-Paket** kann Ihnen im Ausland nichts mehr passieren. Sie sind für gesundheitliche Zwischenfälle bestens gerüstet. Im Ernstfall holt der SOS-Rückholddienst Sie und Ihre Familie nach Österreich zurück.

#### Das VORSORGE SOS-Paket beinhaltet die Kostenübernahme für:

- Ambulante und stationäre Behandlungen im Ausland
- Krankentransport und Rücktransport aus dem Ausland
- Überführungskosten bei Tod
- Bergungskosten im In- und Ausland nach Unfällen bis EUR 4.000.-
- Hubschrauberbergung bis EUR 10.000.-
- Heimtransport innerhalb Österreichs nach Unfällen mit Sanitätsfahrzeugen bis EUR 1.500.-
- Krankenbesuch naher Angehöriger im Ausland bis EUR 2.000.-, wenn der Spitalsaufenthalt länger als eine Woche dauert.
- Medikamententransport
- Wiederbeschaffung von Reisedokumenten bis EUR 200.-

#### Und zusätzlich im Familienpaket:

- Rückreise von mitversicherten Familienangehörigen
- Begleitkosten für Kinder bis zum 12. Lebensjahr in ein ausländisches Krankenhaus bis EUR 100.- pro Tag.
- Kinderrückholung bei Alleinreise

Die Leistungen werden ohne Selbstbehalte und unabhängig von Vorerkrankungen oder chronischer Leiden erbracht. Der Versicherungsschutz gilt mit dem Erhalt der Karte. Dieses umfassende VORSORGE SOS-Paket erhalten Sie nur im Rahmen der GdG-Mastercard und Ihrer GdG-Mitgliedschaft. Anmeldeformular zum Downloaden unter: [www.gdg.at](http://www.gdg.at)





# GLB - GRILLFEST

mit Live-Music

9. September 2005

ab 15.00 UHR - open end

Wo:

**HUGOGASSE 8**

**(Straßenbahnstation 71 – Braunhubergasse  
oder U3-Station Simmering)**

**1110 Wien**



**MITZUBRINGEN SIND HUNGER UND GUTE LAUNE –  
JEDER IST WILLKOMMEN**

Auf Euer Kommen  
freut sich

Euer **GLB** – Team

Elterleinplatz 6/3, 1170 Wien; Tel.: 407 69 36; [www.glb-gemeinde.at](http://www.glb-gemeinde.at)

## Impressum:

**Herausgeber und Verleger:** Gewerkschaftlicher Linksbund in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – 1090 Wien, Maria Theresien-Straße 11.

### Redaktionsbüro:

1170 Wien, Elterleinplatz 6/2 – Tel.: 01/407 69 36, Fax: 01/407 69 36 13  
E-mail: [glb.gemeinde@aon.at](mailto:glb.gemeinde@aon.at) -  
[www.glb-gemeinde.at](http://www.glb-gemeinde.at)

**Herstellung:** Eigenvervielfältigung  
**Verlags- und Herstellungsort:** Wien

*Zulassungsnummer: 03Z035399*